

Diedrich, Torsten/Süß, Walter (Hrsg.): Militär und Staatssicherheit im Sicherheitskonzept der Warschauer-Pakt-Staaten. Berlin: Christoph Links Verlag 2010, 371 Seiten, 34,90 €.

Das Buch von Torsten Diedrich und Walter Süß ist aus einer Konferenz hervorgegangen, die das Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA) der Bundeswehr und die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) im Dezember 2007 in Potsdam organisierten. Die Tagung sollte die Wirkmechanismen der äußeren und der inneren Sicherheit bei der Erhaltung, Stabilisierung und Verteidigungsvorbereitung der kommunistischen Diktaturen innerhalb des Warschauer Paktes untersuchen. An diesem Projekt nahmen fünfzehn Historiker teil, darunter sieben aus Deutschland, drei aus Ungarn, zwei aus Rumänien und je einer aus Serbien, Bulgarien und den USA.

Das Buch ist in vier Teile gegliedert: Überblick, Sowjetunion und die Satellitenstaaten, Krisen und ihre Folgen, Auswirkungen des Entspannungsprozesses.

Torsten Diedrich kommt im ersten Teil des Buches zum Ergebnis, daß die DDR-Führung gerade in der Phase der Entspannungspolitik unter der Losung „Friedenskampf“ alle Potentiale der Gesellschaft noch intensiver für das System der Landesverteidigung zu instrumentalisieren versuchte und sich der Hoffnung hingab, daß sich im Kriegsfall durch raschen Übergang zum Angriff die Schäden auf dem eigenen Gebiet in Grenzen halten würden.

Im zweiten Teil betont Matthias Uhl in seinem Aufsatz über den sowjetischen Geheimdienst von 1945–1967, daß der KGB trotz aller Reformversuche eine poststalinistische Geheimdienstbürokratie blieb, um der Durchsetzung des Machtanspruchs einer kleinen Führungselite genügen zu können. Roger

Engelmann stellt in seinem Beitrag über die Staatssicherheitspolitik in den fünfziger Jahren fest, daß bis 1957 von einer halbwegs selbständigen Staatssicherheitspolitik der DDR nicht gesprochen werden kann.

Carmen Rijnoveanu schreibt im dritten Teil über die Auswirkungen der Krisen des Ostblocks 1956 und 1968 auf das rumänische Sicherheitskonzept. Nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ 1968 habe die rumänische Staats- und Parteiführung die UdSSR als Bedrohung für ihre nationale Sicherheit empfunden und eine eigene nationale Militärdoktrin eingeführt, die den „Krieg des ganzen Volkes“ zum Inhalt hatte und Rumänien vor jeder „imperialistischen Aggression“ schützen sollte. Rumänien beendete seine Teilnahme an Übungen des Warschauer Paktes, stellte aber niemals die Zugehörigkeit zu diesem Bündnis in Frage.

Mark Kramer vom „Cold War Studies Project“ der Harvard Universität untersucht das Verhalten der UdSSR und des Warschauer Paktes in den Polnischen Krise 1980/81, liefert eine Umbewertung der Krise und betont, daß die Spaltung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) in Hardliner und Reformer es der neuen Partei- und Staatsführung unmöglich machte, die Krise entweder gewaltsam oder durch politische Kompromisse zu lösen.

Sowjetische Spitzenfunktionäre waren von Anfang an davon überzeugt, daß der Aufstieg von Solidarność das kommunistische System in Polen bedrohte. Die Moskauer Führung registrierte mit Sorge das Überschwappen der Unruhen auf die baltischen Staaten und den Westen Weißrußlands und der Ukraine. Die polnische Krise hatte auch Auswirkungen auf die sowjetischen Truppen des an Ostpolen grenzenden Baltischen Militärbezirks. Viele Soldaten, besonders aus Litauen stammende, begingen laut eines KGB-Berichtes „politisch feindliche und nationalistische Handlungen“.

Sie äußerten „antirussische Gefühle und verunglimpfende Bemerkungen über die sowjetische Wirklichkeit“. Im polnischen Generalstab begannen schon im Oktober 1980 unter sowjetischer Kontrolle umfangreiche Planungen für die Einführung des Kriegsrechts. Pläne für den Einmarsch sowjetischer, ostdeutscher und tschechoslowakischer Truppen wurden mit den polnischen Stellen sorgfältig abgestimmt. Breschnew entschied jedoch, auf den Einsatz von Truppen zu verzichten.

Ein geheimer Bericht, der im April 1981 dem Politbüro zugeleitet wurde, enthielt die Behauptung, die polnische Oppositionskräfte hätten nur deshalb noch nicht die Macht ergriffen, weil sie fürchteten, daß sowjetische Truppen in das Land geschickt werden könnten. Mitte Oktober 1981 setzte das ZK der PVAP auf Geheiß Moskaus Parteichef Kania ab. General Jaruselski wurde sein Nachfolger und verhängte am 13. Dezember das Kriegsrecht. Da er fürchtete, daß Solidarność bewaffneten Widerstand leisten würde, drängte er mehrmals das sowjetische Politbüro, zu seiner Unterstützung Truppen nach Polen zu entsenden, was von diesem jedoch abgelehnt wurde.

Krisztián Ungváry beschäftigt sich mit dem Krisenmanagement der ungarischen Staatssicherheit 1986–1990, die ständig nach Beschlüssen der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (MSZMP) arbeitete. Ihr ZK glaubte etwa ab 1987 nicht mehr an die Verwirklichung kommunistischer Ziele und suchte nach Konzeptionen zur Transformation. Die Methode der Beeinflussung durch die Staatsicherheit führte am ehesten bei den 1945 bis 1948 aktiven Parteien (Kleinlandwirte, Christdemokraten, Sozialdemokraten) zum Erfolg, die nach der Wende fortlaufend von Skandalen erschüttert wurden. Bei den neuen Parteien, dem Bund Freier Demokraten (SZDSZ), dem Ungarischen Demokratischen Forum (MDF)

und dem Bund Junger Demokraten (FIDESC), hatte sie keinen Erfolg.

Im Mai 1989 stellte der Chef der Inneren Abwehr fest, daß die Reserven des Sozialismusmodells verbraucht waren. Jetzt galt es, dafür zu sorgen, daß der Übergang zu einem Rechtsstaat unter Führung der MSZMP verwirklicht wurde. Im November war diese Partei aber nicht mehr an der Staatssicherheit interessiert und die Gefahr erkennbar, daß diese als Sündenbock geopfert wurde. Die weitere Entwicklung verlief jedoch anders als in der DDR und im vereinigten Deutschland. Das erste Gesetz, das die Identifizierung von Inoffiziellen Mitarbeitern überhaupt rechtlich möglich machte, wurde erst im Jahre 2003 verabschiedet.

Im vierten Teil schreibt Walter Süß über den in den siebziger Jahren durch die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ausgelösten Prozeß aus der Perspektive des MfS. Diese von den Warschauer-Pakt-Staaten gewünschte Konferenz, die die Anerkennung der europäischen Nachkriegsordnung bringen sollte, war nur zu haben, wenn sie zu einer größeren Freizügigkeit für Menschen, Ideen und Informationen beitragen würde. Das MfS reduzierte in seiner Analyse den Kerngehalt der Schlußakte von Helsinki (1975) auf die Verweigerung der Einmischung in die inneren Angelegenheiten, die Unverletzlichkeit der Grenzen und die territoriale Integrität. Eine Änderung des DDR-Strafrechts stellte den Hinweis auf Widersprüche zwischen der Rechtspraxis der DDR und der KSZE-Schlußakte als „Mißachtung der Gesetze“ unter Strafe. Als Alternative wurde vom MfS die „Zersetzung“ eingeführt.

Zu den organisatorischen Konsequenzen, die das MfS zog, gehörte im Zeitraum von 1970–1979 die Erhöhung der Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter von 43 000 auf 72 000 und der Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) von 139 000 auf

170 000. All das hat jedoch nicht verhindern können, daß die Öffnung in den Ost-West-Beziehungen Entwicklungen in Gang setzte, die Ende der achtziger Jahre durch das Zusammentreffen mit vielen anderen Faktoren zur Überwindung der kommunistischen Diktaturen führte. Das vorliegende Buch hält leider nicht, was die Abbildung des MfS-Generals Kleinjung (Leiter der HAI Abwehrarbeit in NVA und Grenztruppen) auf den Gruppenfotos auf der Vorderseite und der Rückseite verspricht: Die Überwachung der Streitkräfte durch die Staatssicherheit wird nicht beschrieben. Trotzdem ist ein vorzügliches Buch entstanden, das vielfältige Einblicke in die Warschauer-Pakt-Staaten gibt.

Otto Wenzel

Schaufuß, Thomas: Die politische Rolle des FDGB-Ferienstes in der DDR. Sozialtourismus im SED-Staat. Zeitgeschichtliche Forschungen Bd. 43. Berlin: Duncker & Humblot 2011, 469 Seiten, 38,- €.

Ein FDGB-Urlaub aber auch ein Aufenthalt im betriebseigenen Ferienobjekt waren für viele Menschen in der DDR eher eine Schreckensvorstellung. Die Heime waren meist stark renovierungsbedürftig, die Zimmer eng, Klo und Dusche über den Gang. Dazu kam die Massenabfütterung in zentralen Versorgungsobjekten. Kulturelle Höhepunkte waren ein geselliges Beisammensein und ein Lichtbildervortrag über die Schönheiten des Urlaubsortes. In den betriebseigenen Heimen kam hinzu, daß man sich der Gefahr aussetzte, dort täglich dem Abteilungsleiter oder dem Kaderleiter über den Weg zu laufen. Zudem boten eventuelle Ausrutscher beim abendlichen Heimvergnügen für das ganze nächste Jahr Gesprächsstoff im Betrieb. Immerhin waren die Heime, gerade diejenigen von großen Industriebetrieben mit eigenen Handwerkska-

pazitäten und Zugängen zu Baumaterial, meist deutlich besser ausgestattet als FDGB-Objekte.

Dennoch wollten sich viele Menschen in der DDR dieser Art von Kollektiverlebnissen nicht aussetzen. Insbesondere junge Leute machten sich lieber selbstständig auf den Weg, den kleinen Teil der Welt zu erkunden, der ihnen zugänglich war. Für andere, besonders für Familien mit kleinen Kindern, waren die Erholungsmöglichkeiten des FDGB oder des Betriebes eine äußerst preisgünstige und bequeme Möglichkeit, vierzehn Tage irgendwo in einer schönen Urlaubsgegend zu verbringen. Der Andrang jedenfalls war groß. Wer im Sommer verreisen wollte, vielleicht sogar in den Schulferien, mußte spätestens im Februar einen Antrag beim Vertrauensmann der Gewerkschaft stellen. Die Betriebs-Gewerkschaftsleitung (BGL) wählte dann unter den Kandidaten nach sozialen Gesichtspunkten aus. Gute Arbeitsleistungen, gesellschaftliche Aktivitäten und eine vorbildliche sozialistische Lebensführung wurden vorausgesetzt.

In den achtziger Jahren verreisten jährlich ungefähr 3,2 Millionen DDR-Bürger in betriebseigene Ferienheime. Rund 1,8 Millionen erhielten eine Urlaubsreise vom FDGB, und etwa 600 000 buchten den Urlaub beim Staatlichen Reisebüro der DDR. In den siebziger und achtziger Jahren investierte die Partei- und Staatsführung der DDR sehr viel in neue große Ferienobjekte. Zu den kleinen Sozialgeschenken der SED-Führung an die DDR-Bevölkerung gehörte es, daß zu Beginn der siebziger Jahre einige als Interhotel geplante oder schon in Betrieb befindliche Ferienanlagen in FDGB-Heime umgewandelt wurden. In dem glanzvollen Ambiente der als internationale Hotels gestylten Häuser sollten sich nun Arbeiter, Bauern und Angehörige der werktätigen Intelligenz erholen. So wollte sich Honecker nach 1971 bei der

Bevölkerung beliebt machen. Die neue Konsumgesellschaft des Sozialismus sollte nach dem Prinzip der etwas befremdlichen Losung funktionieren: „Ich leiste was – Ich leiste mir was.“ Natürlich war es dem DDR-Bürger nicht verborgen geblieben, daß in der imperialistischen Bundesrepublik in dieser Zeit eine Reise nach Spanien oder Griechenland längst auch für den mittleren Geldbeutel erschwinglich war. Also wurde auf dem engen Territorium der DDR touristisch aufgerüstet.

Ein Beispiel für diese Politik war das FDGB-Erholungsheim „Am Fichtelberg“ im erzgebirgischen Winterkurort Oberwiesenthal. Dort war der Autor des vorliegenden Buches von 1976 bis 1978 Gastronomischer Direktor. Außerdem war er der Auskunft des Verlages zufolge Mitarbeiter einer Fachkommission beim FDGB-Bundesausschuss. 1986 verließ er die DDR und arbeitete fortan als Manager bei westlichen Hotelketten. Er verbindet also persönliche Erfahrungen, einen kritischen Blick, Fachkompetenz mit außerordentlich akribischen Aktenstudien. So ist eine Forschungsarbeit entstanden, die mit allen Legenden vom Sozialparadies DDR gründlich aufräumt. Der Autor beschreibt den FDGB-Feriedienst als Teil des ökonomischen Reproduktionsprozesses aber auch als Teil der Fürsorgediktatur. Dabei werden die Erfolge der sozialistischen Urlaubspolitik nicht verschwiegen. Am ausführlichsten sind naturgemäß seine Ausführungen zum Heim „Am Fichtelberg“. Nach dem VIII. Parteitag der SED war 1971 ein Baustopp für ein geplantes Interhotel verfügt worden. Dann wurde der FDGB Bauherr, und es entstand bis 1975 eine jener grauenvollen Bettenburgen, die freilich bis heute auch die Küste des Mittelmeers und anderer touristisch attraktiven Weltgegenden verunzieren. Immerhin waren die Kapazitäten rein quantitativ beeindruckend. Das Haus „Am Fichtelberg“ verfügte über 1 300

Betten und war stets ausgebucht. Der Speisesaal bot 448 Plätze und hatte den Charme einer Betriebskantine. „Ein eng gefasstes Korsett bestimmte das Essen“, berichtet der ehemalige Gastronomische Direktor des Hauses, „da mehrere Durchgänge bedient werden mussten. Es standen 30–40 Minuten für das Frühstück, 20 Minuten für das Mittagessen und 35 Minuten für das Abendessen zur Verfügung. Um diese Vorgaben einzuhalten, waren Urlauber dazu angehalten, das Geschirr selbst abzuräumen.“ Ohne Stoppuhr, aber zu gehobenen Preisen war der Besuch in mehreren Restaurants, Cafés, einer Milchbar, der Hotelbar sowie der rustikalen Knappenstube möglich. Weiter gab es eine Kegelbahn, einen Friseur, Sporträume, Sauna, Schwimmbad usw. Der Urlaub war optimal organisiert, um den Erholungseffekt effizient zu gestalten. Dazu kam als besondere Dienstleistung die Überwachung durch die Staatssicherheit, die der Autor ausführlich schildert. Die Stasi registrierte alle Beschwerden der Gäste über Versorgungsengpässe und andere Mißhelligkeiten und reichte sie an die zuständigen Staatsorgane weiter, die allerdings auch wenig ändern konnten. Das betraf auch die Eingaben bezüglich der im Erzgebirge immer dramatischer werdenden Umweltschäden. Zwar rühmten die entsprechenden Kataloge die gesunde Luft des Höhenkurorts, die Nadelbäume aber verloren durch die Industrieabgase immer mehr von ihrem grünen Schmuck. Es entstanden bizarre Wälder von toten Bäumen, die eilig gefällt wurden, um Neuaufforstungen von resistentem Bewuchs Platz zu machen.

So entsteht in der vorliegenden Studie ein ungeschöntes Bild, geschrieben von einem Fachmann, der an Detailkenntnis kaum zu übertreffen ist. An vielen Stellen setzt sich der Autor mit den Anhängern der Ostalgie auseinander, die ihr letztes Rückzugsgefecht unter der Lo-

sung führen: „Es war ja nicht alles schlecht.“ Dies hebt das Buch angenehm von manchen alltagsgeschichtlichen Publikationen ab, die aus Rücksicht auf die Leserschaft einer mehr oder weniger verschämten Ostalgie huldigen. In einem Punkt allerdings muß der Rezensent Einspruch erheben. Der Autor schreibt, die Heimbibliothek des Hauses „Am Fichtelberg“ habe „vor allem aus ‚fortschrittlichen Werken‘ sowie Werken der sozialistischen Gegenwartsliteratur“ bestanden. Zufällig erinnert sich der Verfasser dieser Zeilen, 1984 dort den wunderbaren Verdi-Roman von Franz Werfel ausgeliehen zu haben, der von Gondelfahrten über den Canale Grande, der Piazza San Marco und anderen Schönheiten der Lagunenstadt erzählt. Daran mußte er denken, als er einige Jahre später tatsächlich Venedig besuchte. Es war doch nicht alles schlecht in der DDR.

Stefan Wolle

Jadke, Ulrich/Kirsten, Holm/Luther, Jörn/Onißeit, Thomas: Macht aus dem Staat Gurkensalat! Eine andere Jugend. Weimar 1979–1989. Berlin: wjs verlag 2011, 320 Seiten, 19,95 €.

Niemand sollte sich davon abschrecken lassen, fünfzig Geschichten von vier Autoren zu lesen, die in diesem Buch auf 291 Seiten (mit Vorwort) vereint sind. Denn selten wurde jugendlicher Widerstand in der ideologisch und geistig-kulturell erstarrten DDR der achtziger Jahre so lebendig geschildert wie in den Erinnerungen der Akteure von damals. Sie berichten über ihre „andere Jugend“ im Weimar der Jahre 1979 bis 1989 detailliert und pointiert. Ihr jugendliches Streben nach alternativen Kultur- und Lebensformen stand im Gegensatz zur herrschenden Jugendpolitik des Staates.

Ulrich Jadke schildert in „Mein erstes Punk-Konzert“, wie er sich, anfangs noch der elterlichen Autorität sich beu-

gend, immer mehr zur in der DDR „subversiven“ Punkkultur hingezogen fühlte. Auch Holm Kirsten, Jörn Luther, Thomas Onißeit und ihre Freunde fanden auf ihrer Suche nach selbstbestimmten Lebensformen jenseits vom staatlich organisierten Jugendleben in der Punkbewegung neue Ausdrucksmöglichkeiten.

Die Abkehr vom reglementierten Alltag in Schule, Ausbildung und Freizeit führte anfangs zur „Jungen Gemeinde“ und zum „Montagskreis“ der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Weimar. Doch sie fanden auch dort noch nicht die gesuchten Freiräume. Vom ungezügeltten Partyleben über „Marquis de Sade im Kinderzimmer“ bis hin zum Ausbruch aus der „ständigen Gängelei mit sozialistischem Gedankengut“ führte der Weg zur politischen Aktion.

Onißeit beschreibt, wie er den Zustand „permanenter Verstellung und Heuchelei“ bald nicht mehr ertragen konnte. Für ihn und die anderen war es nur konsequent, dem staatlichen Druck zur Anpassung durch politische Aktion entgegenzutreten. In der für die damals Jugendlichen „langweiligste[n] Stadt der Welt“, in der Klassikerstadt Weimar, tauchten im Jahr 1983 plötzlich auf grauen, bröckelnden Fassaden orangefarbene Graffitis auf. Mit Sprüchen, die sie der westlichen Protestbewegung entlehnten, schreckten sie jedoch die Staatsgewalt auf. Parolen, wie „Macht aus dem Staat Gurkensalat“, „Wehr Dich“, „Schlagt zurück“ waren nicht mehr „harmlos“ wie zum Beispiel „Pitti lebt“, eine Anspielung auf Pittiplatsch, eine beliebte Puppenfigur des Kinderfernsehens der DDR. Das rief die Polizei und das MfS auf den Plan, tauchten diese Sprüche doch am Vorabend des Jahrestages der Gründung der DDR am 7. Oktober 1983 auf. Der übermütige Spruch „Das kriegt ihr nie raus, wer das war“ erwies sich für die jugendlichen Sprayer als Trugschluß.

Was nun folgte, erlebten viele andere Oppositionelle in der DDR so oder ähnlich. „Fahndung“ von Ulrich Jadke und „Zuführung“ von Holm Kirsten beschreiben den schnellen Zugriff der Staatssicherheit und den Weg in die MfS-Untersuchungshaftanstalt in Erfurt. Ungewöhnlich und unerwartet endete der gründlich vorbereitete Prozeß unter Ausschluß der Öffentlichkeit, aber vor geladenem Publikum im Februar 1984 nicht mit einem Urteil wegen „staatsfeindlicher Hetze“ (Paragraph 106) und „Staatsverleumdung“ (Paragraph 220), sondern wegen „Rowdytums“ (Paragraph 215). Das Urteil lautete: sechs Monate Freiheitsentzug für Grit Ferber und Thomas Onißeit, je fünf Monate für Holm Kirsten und Ulrich Jadke, Bewährungsstrafen von einem Jahr für Jörn Luther und Andreas Tillmans, die aus der Untersuchungshaft schon nach zwei Monaten entlassen worden waren. Das unterschiedliche Strafmaß gehörte zu den Zersetzungsmaßnahmen der Stasi: Die weniger hart Bestraften gerieten im ehemals verschworenen Freundeskreis unter den Verdacht, Stasispitzel zu sein.

Die Autoren beschreiben den Alltag im Stasiknast, die Zeit nach der Haft, die Entscheidung, die DDR zu verlassen bzw. zu bleiben ohne Beschönigungen. Nach dem Ende der DDR haben sie mit diesem Buch für sich, für Grit und Andreas, denen sie ihre Veröffentlichung widmeten, die Deutungshoheit über ihre Biographien bewahrt.

Lutz Prieß

Vesting, Justus: Zwangsarbeit im Chemiedreieck. Strafgefangene und Bausoldaten in der Industrie der DDR. Berlin: Ch. Links Verlag 2012, 224 Seiten, 24,90 €.

Die vorliegende Veröffentlichung von Justus Vesting basiert auf der Magisterarbeit des Autors. Ihr Aufbau ist klar und stringent. Eingangs wird der Ter-

minus Zwangsarbeit gründlich erörtert und als Leitbegriff für die Untersuchung nach seinen Kriterien (Arbeitszwang, Diskriminierung, gesundheitliche Schädigungen) bestimmt. Im Hauptteil folgt dessen separate Anwendung auf zwei Gruppen: Strafgefangene und Bausoldaten. Am Schluß stehen Vergleich, Zusammenfassung und ergänzende Statistiken zu Bitterfelder Strafgefangenen. Wichtigste Quellengrundlage sind Akten von MfS, Polizei, NVA und Justiz sowie Interviews mit Zeitzeugen, welche die schriftliche Überlieferung „bestätigen, widerlegen oder ergänzen“ sollen.

Vesting forscht schon länger zum Thema und ist mit einigen kleineren Beiträgen hierzu ausgewiesen. Das kommt dem Buch konzeptionell und inhaltlich zugute. Den Begriff Zwangsarbeit für die Arbeit von Strafgefangenen im mitteleuropäischen Chemiedreieck hat er (in dieser Zeitschrift) bereits 2004 benutzt. Seine Definition ist „in Reflexionen zur Zwangsarbeit während des Nationalsozialismus gewonnen“, ohne dabei „einen Vergleich mit den Zuständen im Dritten Reich“ oder gar „eine Gleichsetzung“ vorzunehmen. Der Autor weiß um die Sprengkraft des Begriffs und setzt sich von dessen polemischem, geschichtspolitischen oder rein juristischem Gebrauch ab. Gleichwohl begegnet uns das Faktum in der einführenden Darstellung der Geschichte des Chemiedreiecks schon vom Ersten Weltkrieg an und wird abschließend hinsichtlich politischer Entschädigungsforderungen für das SED-Unrecht auch in seiner juristischen Dimension zur Debatte gestellt. Wichtig für das Verständnis der Studie ist zudem Vestings Unterscheidung von Zwangsarbeit und Formen von Arbeitspflicht ohne diskriminierenden und gesundheitsschädigenden Charakter.

Im Blick auf die Strafgefangenen beschreibt der Autor den Wandel von einem, wenigstens in der Theorie vor-

handenen marxistischen Konzept der Erziehung durch Arbeit hin zur reinen Ausbeutung von deren Arbeitskraft. Besonders das Fallbeispiel des Umgangs mit den in der Chloralkali-Elektrolyse im Chemiekombinat Bitterfeld arbeitenden Gefangenen belegt letzteres eindrücklich. Vesting zeigt anhand des Umgangs mit zwei Todesfällen detailliert auf, wie für die Betriebe der ökonomische Gewinn nahezu absolute Priorität vor den gesundheitlichen Belangen der Zwangsarbeiter hatte, wie das MfS nur deshalb auf partielle Verbesserung der Arbeitsbedingungen hinwirkte, weil es schlechte Presse durch ehemalige Häftlinge im Westen befürchtete, und wie selbst der leitende Arzt der Bitterfelder Strafvollzugseinrichtung rücksichtslos die Tauglichkeitseinstufungen seiner Kollegen aus der Untersuchungshaft korrigierte, wodurch mehr Gefangene für schwere und schwerste Arbeiten in Frage kamen.

Von vornherein weniger auf Erziehung denn auf Abschreckung potentieller Waffendienstverweigerer zielte die Zuweisung körperlich schwerer Arbeit an Bausoldaten in den achtziger Jahren. In diesem Kontext ist nach Vesting auch deren Einsatz in der chemischen Industrie ab 1986 zu sehen. Dieses Ziel kollidierte freilich mit dem hohen Bedarf an Arbeitskräften in den maroden Betrieben. Nach Planungen der NVA sollten im November 1989 deshalb 1 600 Bausoldaten im Chemiedreieck stationiert werden. Als Fallbeispiel beleuchtet Vesting deren Einsatz in der Produktion der Bitterfelder Aluminiumwerke, korrespondierend mit einem ähnlichen Einsatz im Chemiefaserwerk Wolfen.

Besonders ins Auge fällt die Protest- und Eingabewelle, die dieses Vorhaben bei den Bitterfelder Bausoldaten angesichts der Arbeitsbedingungen auslöste und die Verantwortlichen zu Zugeständnissen im Blick auf die Arbeits-

und Lebensbedingungen zwang, auch wenn diese nur gering ausfielen. Aus historischer Perspektive kann man mit Vesting urteilen, daß die Bausoldaten – wie auch Strafgefangene mittels Hafterleichterungen – damit „im Grunde eher bestochen wurden“ und sich grundlegend bis zum Ende der DDR nichts änderte. Ebenso richtig ist aber auch, solchen partiell erfolgreichen Akten der Selbstbehauptung gegen die vielfältigen Formen der Diskriminierung, die Vesting für beide Gruppen eingehend belegt und beschreibt, einen Eigenwert beizumessen und sie als sozialen Protest zu würdigen, der über eine bloße „Ventilfunktion“ hinausging. Die Geringschätzung von Strafgefangenen und Bausoldaten als „unterste Stufe der Arbeitskräftehierarchie im mitteldeutschen Chemiedreieck“ bedingte, wie der Autor zeigt, nämlich erst deren weitgehend sorglose Verwendung als flexible Arbeitskräftereserve an Stellen, wo sonst kaum mehr einer arbeiten wollte.

Differenziert urteilt Vesting über den volkswirtschaftlichen Nutzen der Zwangsarbeit im Chemiedreieck. Für die Arbeit in der Produktion mit ihren meßbaren Kennziffern schätzt er ihn hoch ein. Der Einsatz von Bausoldaten zum Flickern der „maroden Anlagen“ hingegen „grenzte“ nach Vesting „an Sinnlosigkeit“. Das ist einleuchtend und spiegelt sich in subjektiven Erfahrungen von Zeitzeugen wider. Deren Erleben von Sinn und Sinnlosigkeit böte darüber hinaus einen Ansatzpunkt, die „inneren Motivationen“ von Strafgefangenen und Bausoldaten zum Arbeiten noch umfassender in Blick zu nehmen, als sie „in gewisser Weise“ wiederum als „eine Form von Zwang“ aufgrund systembedingt-repressiver Rahmenbedingungen zu erfassen. Die Geschichte der Bausoldaten jedenfalls durchziehen Forderungen *nach* und Initiativen *für* Arbeit für die Gesellschaft, die anstelle des Militärdienstes treten

sollte. Als naheliegende Erklärung hierfür bieten sich verinnerlichtes protestantisches Arbeitsethos und protestantische Gemeinwohlorientierung an.

Diese weiterführenden Anmerkungen schmälern die Qualität von Vestings akribischer Studie nicht. Sie zeigen lediglich, wie anregend deren Lektüre ist. Über die hier gar nicht zu erörternden chemischen, medizinischen, ökonomischen und historischen Details hinaus wirft sie prinzipielle ethische Fragen auf, darunter viele beunruhigende.

Sebastian Kranich

Hünniger, Andrea Hanna: Das Paradies. Meine Jugend nach der Mauer. Stuttgart: Klett-Cotta 2011, 219 Seiten, 17,95 €.

Mehr als zwanzig Jahre nach dem Fall der Mauer melden sich Autoren einer Generation zu Wort, die sich nach eigenem Bekunden abgrenzen will von einer Interpretation, die das heutige Ostdeutschland entweder als Ödnis und Fremde beschreibt oder versucht, die DDR nachträglich nostalgisch aufzuwerten und zu verklären.

„Im Nachhinein wird dieses DDR-Land eine Art Wunschbild, ein Träume-Schäume-Fata-Morgana-Staat“ –

abhängig von der jeweiligen Lebensrealität des Einzelnen. Diese Gefühls-Gemengelage gegenüber dem untergegangenen Staat prägt das vorliegende Buch. Die Autorin Andrea Hanna Hünniger schwankt zwischen der Wertung des Staates als Land, das sein Volk hat überwachen, einsperren und an der Grenze erschießen lassen, und einem Traumland, das ein übersichtliches Leben mit kostenlosen Kindergartenplätzen ohne Zukunftsangst bot.

Die Autorin ist Teil der „Dritten Generation Ost“. 1984 als Tochter staats-treuer Parteigenossen geboren, beschreibt sie ihre Kindheit und Jugend in den neunziger Jahren in einer Plattenbautrimeste am Rande von Weimar.

Die Eltern werden nach dem Mauerfall arbeitslos; der Vater erkrankt an Hirnhautentzündung und bekommt eine Depression. Trotz einer neuen Arbeit zieht er sich aus dem öffentlichen Leben zurück und verfällt ins Schweigen: „Das Einzige, was ich mit Sicherheit sagen kann, ist, dass die Zeit nach dem Fall der Mauer eine Erfahrung der Trauer und des Schweigens war.“ Die Mutter kämpft mit (als schikanös empfundene) Behördengängen und wird umgeschult. Die Tochter erlebt „die Erziehung durch melancholische, ja depressive, eingeknickte, krumme, enttäuschte, beschämte, schweigende Eltern und Lehrer“.

Hünniger sieht sich selbst als Teil einer Generation, die nach dem Fall der Mauer noch zu jung war, um die neu gewonnene Freiheit für eine Ausbildung oder eine Arbeit im Ausland zu nutzen. Für sie ist selbst der Mauerfall schon „Teil einer unbekannteren Vergangenheit. Eine Erinnerung von anderen“. Dennoch erlebt sie bis heute, daß sie mit einem Staat identifiziert wird, den es nicht mehr gibt und über den sie – nach eigenem Bekunden – nichts weiß. „Man hält uns für Diktaturenkinder, die schon im Kindergarten einen ganz enormen Knall bekommen haben: durch gemeinschaftliche Klogänge, Stasikindergärtnerinnen, freilaufendes Viehzeug und kommunistische Propaganda, die uns die Birne praktisch bis oben hin vollgeschissen hat.“

Die DDR-Vergangenheit ist „wie eine verscharrte Leiche, die nur als Zombie in Form von Talkshows oder Quizshows zu uns zurückkehrt und die wir nicht verstehen. Die Geschichten [...] decken sich nicht mit dem, was wir in den Gesichtern unserer Eltern sehen, aber nicht entschlüsseln können.“

In neun Kapiteln bemüht sich Hünniger, der unbekannteren Vergangenheit auf die Spur zu kommen. Diese Spurensuche gilt letztendlich der eigenen Identitätsfindung – einer Identität, die ver-

schüttet ist, weil die Herkunft einerseits entwertet ist, auf die die Autorin aber andererseits als Ostdeutsche immer wieder festgelegt wird.

Präzise sind die Kindheits- und Jugenderinnerungen an die so genannte „Nach-Wende-Zeit“: „Es gab nur Unsicherheit und Schuld.“ Die schnelle Anpassung der Erwachsenen an westdeutsches Konsumdenken und Westgeschmack entlarvt Hünninger als „Verkauf des Selbst, der auf Ahnungslosigkeit basierte, so wie der Indianer das Feuerwasser nimmt und danke sagt und noch nicht weiß, dass man ihn zugrunde richten wird.“ Der Sozialismus sollte hinter bunten Trainingsanzügen verschwinden, so wie die gesamte Vergangenheit hinter restaurierten Fassaden (der Städte) verschwunden ist.

Aus Angst ihrer Eltern vor Regelverletzungen wächst die Autorin fast ohne Reglementierungen in der Atmosphäre eines umfassenden Autoritätsverfalls auf; die Eltern leiden an Unsicherheit, Angst vor dem Unbekannten, für die etwa die „Frankfurter Schule“ und die „Zeugen Jehovas“ gleich fremd sind – also gefährlich. Diese Weltfremdheit und die Unsicherheiten der Eltern lassen die junge Generation, die sich wiederum als „Kinder des Kapitalismus schuldig fühlen“, aus Mitleid mit ihren Eltern zu Verteidigern der DDR werden. Gleichsetzungen mit der 68er Generation und deren Kritik am Schweigen der Eltern über die Zeit des Nationalsozialismus schließt Hünninger aus. „Das Phänomen aber, in einer Diktatur zu leben und sich offenbar darin wohl zu fühlen und dabei auch das Leid von Gegnern oder Kritikern so weit auszublenken – das möchte ich nicht nur aus einem Geschichtsbuch erfahren.“

Streiten läßt sich über Hünningers Charakterisierung und Differenzierung zwischen dem SED- und dem nationalsozialistischen Regime: Die DDR sei in den vierzig Jahren ihrer Existenz kein Staat gewesen, der seine Bewohner ideolo-

gisch verführt und verblendet habe; anders als während der Zeit des Nationalsozialismus habe kein Ostdeutscher einen anderen durch Denunziation in den Tod geschickt. Außerdem sei das nationalsozialistische Regime im Gegensatz zur DDR keine Mangelwirtschaft gewesen. Letzteres ist sicherlich richtig, wenn man von den Kriegsjahren absieht, aber eine vergleichende Bewertung des Verblendungscharakters von nationalsozialistischer und sozialistischer Ideologie und des ausgeklügelten Spitzel- und Denunziantentums in beiden Systemen sollte vermieden werden. Hier dürfte die These der „zweierlei Singularität“ von Gerd Koenen stimmiger sein, mit der sowohl die Gefahr der Gleichsetzung als auch die Banalisierung oder Relativierung kommunistischer und nationalsozialistischer Verbrechen vermieden wird. Auch die Gleichsetzung der Stasi mit den „Reaktionären in der BRD der Fünfziger- und Sechziger Jahre“ hinkt gewaltig.

Erst im nachhinein – ab Mitte der neunziger Jahre – beginnt die Elterngeneration, so Hünninger, Folgen und Konsequenzen der Wiedervereinigung zu reflektieren. Jetzt empfänden sie sich als Ostdeutsche, nicht als Bundesbürger, die trotz höherer Lebensqualität „ärmer“ geworden seien. Damit sei vor allem die Unsicherheit gemeint, die mit der neuen (ungewohnten) Freiheit verbunden sei. „Denn Freiheit, die neue Freiheit ohne Mauern, das ist nicht einfach Freiheit, das ist zunächst mal ein neuer Zustand [...], an den man sich gewöhnen muss [...], das war wohl nicht leicht und auch nicht so schnell möglich.“ Für die junge Generation sind sie „Eltern mit Zukunftsangst, sparende Eltern, traurige Eltern, fremde Eltern“.

Wiedervereinigung und Wende seien nicht von der Generation ihrer Eltern vollzogen worden, sondern von der älteren Generation „den alten Kadern der Generation über ihnen“. „Meine Eltern

gehören zu der Generation, die nur den Sozialismus kannte, die ernsthaft an eine bessere Zukunft glaubte. Und das schmeißt man dann nicht so einfach weg, sein Vokabular, seine Ideale, sein Vertrauen in dieses Land. Die Generation meiner Eltern ist auf die Straße gegangen, um eine Demokratie einzufordern, um die Stasimacht zu stürzen, um bessere Lebensverhältnisse herzustellen. [...] Und da war noch die Mauer der Unwissenheit. Meine Mutter ist total erschüttert gewesen, als sie erfuhr, was in den Stasigefängnissen passiert war. [...] Wie groß musste das Misstrauen gegen die Bevölkerung gewesen sein, wenn jeder dritte Bewohner des Landes als Schnüffler angeworben wurde. [...]. Aber jetzt heißt deine Heimat offiziell, also im Fernsehen, in den Geschichtsbüchern und in politischen Debatten, jetzt heißt sie Unrechtsstaat und sonst nichts. Und darf man um so einen Staat trauern?“

Immer wieder zeigt sich die Prägung der Erwachsenen durch die Mangelwirtschaft und ihre Angst, zu wenig zu haben. Familienfeste, auf denen im wesentlich gegessen wird, drehen sich nur um die Themen Geld, Angebote bei Rewe und Krankheiten. Jedoch: Die Jahre beschreibt. Nicht nur der steigende Alkoholkonsum unter den Jugendlichen, auch ihre Abgrenzungsversuche von der Welt der Erwachsenen werden von ihr unter die Lupe genommen: „Der Neonazistil ist der klassischste, den man im Osten finden kann. Ziemlich teuer, gute Qualität. [...] Der Rest kauft bei H&M [...] Den durchschnittlichen Neonazi gibt es nur, weil er sich anders kleidet. Meine Theorie ist, dass der Neonazi nur eine Moderichtung der Neunziger im Osten ist. [...] Während ihre Väter immer noch den Verlust ihrer Männlichkeit im Vergleich zu ihren westlichen Pendants betonen, werden die Söhne, um gar nicht erst angezweifelt zu werden, äußerlich gewaltbereit

Mangelgesellschaft der DDR sei nicht nur negativ gewesen: „DDR, das sei Vorfremde als Dauerzustand gewesen. Warten, ohne zu wissen, ob es sich lohnt – das sei doch wie Weihnachten gewesen“ – meint der Vater.

Andrea Hanna Hünnergers Buch schwankt zwischen genauer Beobachtungsgabe und feuilletonistischer Beliebigkeit. Das liegt nicht zuletzt auch daran, dass die einzelnen Kapitel des Buches – insbesondere die über Drogen, Psychotherapeuten und das Ausland – nur bedingt einen inneren Zusammenhalt vermitteln. Es scheint so – da sich einiges auch wiederholt –, als seien sie aus zum Teil bereits zuvor publizierten Teilstücken zusammengesetzt worden. Vor allem Hünnergers Schilderung des Familienurlaubs in Frankreich, der die Eltern mit ihren mangelhaften Sprachkenntnissen konfrontiert, wirkt durch ihre Kommentierung an manchen Stellen leicht geschwätzig und langweilig.

Dennoch ist Hünnergers Buch lesenswert, da die Autorin mit einer genauen Beobachtungsgabe insbesondere die zum Teil desolaten Verhältnisse in der ostdeutschen Provinz der neunziger

mit Stahlkappen in den Schuhen. Mode als Verteidigung.“

Der Reiz des Buches liegt darin, dass die Autorin ihre Kernthese – ihre Unwissenheit über die untergegangene DDR – mit jedem Satz widerlegt:

Nicht nur verfügt sie über Kenntnisse, sondern auch über Bewertungen des nicht mehr vorhandenen Paradieses: „Das Hoheitsgebiet der DDR hätte mit dem Sturz der SED-Regierung in ein Reservat umgewandelt werden müssen. Ein Reservat, das Ostdeutschen erlaubt, unter ihren gewohnten Bedingungen weiterzuleben.“

Insofern wertet sie auch das Leben in der Bundesrepublik: Der Sozialismus sei „nur das Alter Ego unserer Gegenwart“, und es gebe zum heutigen Gesellschaftssystem keine bessere Alternative: „Das Paradies ist hier!“ – lässt Andrea Hünninger eine bayerische Baronin konstatieren. Der Autorin ist dieses traditionsbezogene Leben in der Bundesrepublik fremd (geblieben): „Wir waren Zaungäste dort, mit einer Welt konfrontiert, die wir nicht wirklich betreten und auch nicht nachahmen konnten.“

Monika Deutz-Schroeder